

Die Halle vierteljährlich bei postmöglicher Aufstellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., anseht Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Verlagsstellen angenommen.

Im amtlichen Zeitung-Verzeichnis unter 'Saale-Zeitung' eingetragen. Für unentgeltlich eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Rücksende nur mit Quittungsbillets 'Saale-Ztg.' gestattet.

Verleger der Redaktion Nr. 1140; der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; der Annoncen-Abteilung Nr. 1133.

Saale-Zeitung.

Sechshundertzweiter Jahrgang.

werden die Gekaufene Kolonienliste oder deren Raum mit 30 Pfg., falls aus Halle mit 20 Pfg., bezogen und in unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expositionen angenommen. Retamen die Seite 76 Pf. für Halle, auswärts 1 M.

Er erscheint täglich einmal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Verwaltung: Halle, Saale-Str. 1140; Druckerei: Halle, Saale-Str. 176; Annoncen-Abteilung: Markt 24.

Nr. 33.

Halle a. S., Dienstag, den 21. Januar.

1913.

Landwirtschaft und Industrie.

Bei der Beratung des Etats des Reichsamts des Innern im Reichstag hat Herr Dr. Dertel die Behauptung aufgestellt, daß die Landwirtschaft die Industrie in allen beträchtlichen wirtschaftspolitischen Forderungen unterstützt hätte, obwohl die Landwirtschaft oft im Stiche gelassen worden sei. Für diese Behauptung wird der Herr Hauptreferent der 'Deutschen Tageszeitung' Beweise schwerlich beibringen können. Umgekehrt wird aber wohl ein Schuß daraus. Wir haben erst kürzlich auf den Jahresbericht der Handelskammer zu Essen, der ja auch wiederholt schon den Beifall der agrarischen Presse gefunden hat, aufmerksam gemacht, in dem zu lesen war, daß gerade die Landwirtschaft gegenüber der Industrie nicht immer ihre Pflicht erfüllt hat. Vielesicht ist es dienlich, die betreffende Stelle noch einmal zu gegenseitigem Nutzen und Frommen in Erinnerung zu bringen:

Der Grundsatz von Schutze der heimischen Arbeit muß beiderseits, in landwirtschaftlichen Kreisen nicht minder, wie in den Kreisen unserer Gewerbetätigkeit, festgehalten und praktisch betätigt werden. Die berechtigten Ansprüche beider Teile müssen gegenseitig anerkannt und miteinander vertreten werden, mit den landwirtschaftlichen Interessen müssen auch die gewerblichen Interessen die gebührende Würdigung und Berücksichtigung finden. Kurz, es muß ein gerechter Ausgleich Platz greifen. Ob die landwirtschaftlichen Kreise sich diese Notwendigkeit eines gerechten Ausgleichs, die Notwendigkeit, ebenso rückhaltlos für die Interessen der Gewerbetätigkeit einzutreten, wie die Gewerbetätigkeit es sich zur Pflicht gesetzt hat, für die landwirtschaftlichen Interessen einzutreten, immer vor Augen gehalten, und ob sie dementsprechend gehandelt haben, möchten wir denen, die es angeht, zur besonderen Erwägung empfehlen. U. E. haben, besonders in Vertretung, jene Kreise sowohl im Parlament wie in wirtschaftlichen Körpern, z. B. dem Landesparlament, häufig das Verständnis für schwerwiegende Interessen unserer Gewerbetätigkeit vermissen lassen. Belege dafür liegen sich noch aus dem letzten Jahr und auch aus dem vorliegenden Bericht zur Genüge beibringen. Eingewiesen werden mag hier nur auf die Behandlung mancher Eisenbahnfragen, von den Kanalfragen gänzlich zu schweigen. Aber auch auf anderen Gebieten ist ein solches restriktives Verhalten der landwirtschaftlichen Kreise gegenüber wichtigeren Interessen der Gewerbetätigkeit zu konstatieren gewesen, selbst in Fällen, wo keinerlei rechtliches Gegenüberverhältnis, in dem Landwirtschaft und Gewerbetätigkeit miteinander stehen müssen, wenn das Ganze getrieben soll, und das entspricht auch nicht der politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeit, unsere Gewerbetätigkeit dauernd leistungsfähig zu erhalten.

Daß die Handelskammer Essen hier die Auffassung weiter Kreise getroffen hat, unterliegt wohl keinem Zweifel. Sogar dem Zentralverband deutscher Industrieller geht die Dertel'sche Behauptung der Landwirtschaft zu weit. Die diesem Verband nahestehenden, 'Berl. Vol. Nachr.' schreiben: 'Es muß abgewartet werden, ob Herr Dr. Dertel nachträglich Beweise für seine Behauptung liefert. Zunächst möchten wir ihn aber darauf verweisen, daß die Industrie in wirtschaftspolitischen Fragen zur Landwirtschaft schon so gehalten hat, daß sie ihre eigenen Interessen hinterstellte. Ober ist es Herr Dertel nicht bekannt, daß in der Caprivizeit die Industrie positiv und offen erklärte ließ, daß sie Handelsverträge nicht wollte, durch die die Interessen der Landwirtschaft geschädigt würden? Wer wirklich eine Gemeinshaft zwischen Industrie und Landwirtschaft für die nächste Zoll- und handelspolitische Kampagne herbeiführen will, wird sich bemühen müssen, einigende Momente, nicht aber trennende hervorzuheben.' Ob freilich dieser Dämpfer gerade bei Herrn Dertel etwas helfen wird, möchten wir bezweifeln.

Neue Friedenszeichen.

Zugeständnisse an Rumänien.

Von Londoner gut unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß die bulgarische Regierung gewisse Zugeständnisse an Rumänien gemacht habe, die jedenfalls die Basis für weitere Verhandlungen werden könnten. Diese Zugeständnisse sind dem Ministerrat in Bukarest bereits unterbreitet, und von dort muß nun der nächste Schritt getan werden. Bulgarien hat die beiden in rumänisches Gebiet hineinragenden Landzungen und etwa sechs Kilometer Seestücke als Konzession angeboten, wodurch Rumänien in den Stand gesetzt wird, Mangalia in einen Kriegshafen umzuwandeln. Auch will Bulgarien sich verpflichten, alle

Befestigungen an der Dobrudzajagrenze zu schleifen. Daneben möchte gelten, daß durch eine solche Maßnahme die strategischen Vorteile zugunsten Rumäniens verschoben würden. Dagegen aber wird von rumänischer Seite behauptet, daß diese Konzession sehr billig sei, indem die alten Forts gar keinen militärischen Wert mehr hätten. Mit Bezug auf die Frage der Rufswolachen in den neueren oberen Landen ist Bulgarien angeblich zu den weitestgehenden Konzessionen bereit.

Denkwürdige Erinnerungen.

Das Völkerschlachtenmal bei Leipzig. — Das Schillerhaus zu Weimar. — Das Kriegsveteranenmuseum auf der Wachsenburg.

Von Curt Huppel, Halle.

Das Jahr 1913 mit seinen denkwürdigen Erinnerungen an jene mitbedeutende Volkserhebung vor 100 Jahren hat seinen Eingang gehalten. Man erzählt sich, daß bald, nachdem die Donner der Leipziger Völkerschlacht verhallt waren, die Witwe Schillers aus dem Dichterhause zu Weimar an eine Freundin schrieb: 'Alle Nationen sind zu mir gekommen, um das Haus zu sehen, in welchem Schiller die Augen geschlossen. Preußen, Rußen, Oesterreicher kamen zu mir und beweineten mit mir die Ergrählungen von Schillers letzten Tagen.' Tausend und aber Tausend Besucher hat das Schillerhaus zu Weimar damals gesehen. Verehrungswürdiger haben wohl die Angehörigen Schillers auf niemand geschaut als auf die Tränen dieser Kämpfer der Völkerschlacht. Man kann Schiller getroßt den 'geistigen Mitkämpfer der Völkerschlacht bei Leipzig' nennen, die zur Wiedergeburt Deutschlands und zur Befreiung des Volkes führte. Seine unsterblichen Dichtungen trugen dazu bei, die Begeisterung in der Volksseele zu entfachen und auch das Volk's heer damaliger Zeit atmete den Geist Schillers, der namentlich im 'Tell' und in der 'Jungfrau' es verstand, die Volksseele zu mächtvoller Kundgebung aufleben zu lassen. Man war geneigt, die Rede Stauffachers im 'Tell': 'Kein, eine Grenze hat Tyrannenmacht um', direkt gegen Napoleon gerichtet zu sehen, was ein Verbot der Aufführung Tells am damaligen Nationaltheater in Berlin zur Folge hatte. Vor allem aber Dunois Wort:

'Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles freudig legt an ihre Ehre',

brannte in tausend und aber tausend Herzen. Von Karl Moor bis zur Jungfrau, welche Galerie politisch erregter Heldennaturen. Welche Väterung und Vertiefung des geschichtlich politischen Sinns. Man hat 'Tell' Schillers Testament genannt. Mit diesem keinen Testament worte er Jahre vor Steins Testament die Steinischen Reformen im schönsten, verständlichen Laut der Dichtung in die Nation. Daher das Verbot, den Tell anfangs in Berlin land. Der Tell teilte mit anderen Veteranen den in spätmehreren Zeiten höchste Ehre, als 'Haarsträubend' verfolgt zu werden.

Wenn wir von 'Amathen' dem Thüringerwald entgegenfahren. Ersturt die Schwelkestadt unserer Krönung Sachsen, hinter uns haben, werden wir unsere Blicke aufmerksam auf ein postvolles Landschaftsbild. Drei Burgen in materlicher Umgebung, von denen zwei Ruinen sind, tun sich vor unseren Blicken auf: die drei Gleichen. Die Wandersleber Gleiche, die Miltberger Gleiche, beide auf preussischen Gebiete, und die Weste Wachsenburg, zum gothischen Staate gehörig. Gustav Freytag läßt bekanntlich einen Teil seines Romans: 'Die Hünen' auf der Miltberger Gleiche spielen.

Die Wachsenburg, die einzig erhaltene der drei Gleichen, hat eine tausendjährige Vergangenheit hinter sich und birgt seit einer Reihe von Jahren ein Kriegsveteranenmuseum in dem würdigen Erinnerungen aus Deutschlands großer Zeit. Es ist ein Verdienst des Wachsenburgmuseums, in jahrelanger, hingebender Arbeit dieses Museum derart ausgebaut zu haben, daß es einen beachtenswerten Platz unter Deutschlands vaterländischen Museen einnimmt. 'Wandern heißt leben', ist die Devise des bekannten thüringer Wandermannes Aug. Trinius. Aber als Ziel der Wanderung braucht der Mensch, dem die Ideale auch in unserer Zeit noch nicht ganz fremd geworden sind, außer der göttlichen Natur Erinnerungen, die Geist und Seele gefangen nehmen. Derartige denkwürdige Erinnerungen bergen nun die vaterländisch geschichtlichen Sammlungen auf der Wachsenburg. Der gotharische Staat hat es sich angelegen sein lassen, sein Interesse der Wachsenburg besonders zugewandt; auch das äußere Bild ist gegen früher durch Um- und Anbauten wesentlich verschönert worden. Der vor ca. 7 Jahren angebaute 'Hohenloheturm' wurde zum bleibenden Gedächtnis an die fünfjährige leugnende Regenshaft des Erbprinzen zu Hohenlohe-Langenburg errichtet, der während der Minderjährigkeit des jetzt regierenden Herzogs Karl Eduard von Coburg-Gotha der Landesregent war. Ein Festspiel, 'Stegreif und Rad' betitelt, aus der Feder des in Halle unvergessenen Theaterregisseurs Hugo Greiner an St. Moritz, behandelt die Geschichte der Wachsenburg und erlebte zur Einweihung des Hohenloheturmes auf der Wachsenburg als 'Freischütz' mehrere Aufführungen. Auch eine Wachsenburggemeinde trat monatlich im geräumigen Burgsaal. Dort finden sich bei frühlichem Begehrtland vaterländisch gefasste Männer aus der Umgebung, besonders aus Ernst, Arnstadt

und Gotha, zusammen, um langesfreudig gemeinsame Erinnerung auszusprechen. 'Die gute Wachsenburg allwege' lautet der Sinnpruch dieser Gemeinde. Die Sammlungen aber nehmen von Jahr zu Jahr zu. Als Rufswolach ehrenamtlich bei dem Komitee angehöriger Ratler der Gemeinde Apffelstädt, Herr St. Bonaf, der ein geradezu hervorragendes Talent als solcher an den Tag legt. Der Vorsitz des Komitees befindet sich bei dem Geh. Kabinettsrat Major J. D. und Flügeladjutanten a la suite des Herzogs von Coburg, Herrn v. Gyllhausen, in bewährten Händen, unter dessen umsichtiger Leitung die Sammlungen in den letzten Jahren zu vorher ungeahnter Blüte emporstiegen. Als 'technischer Beirat' leistet Herr Hauptmann J. A. riae vom Artilleriedepot in Spandau beachtenswerte Dienste. Zwei Männer dürfen aber nicht unerwähnt bleiben, die seit Gründung des Komitees in vaterländischer Geistesrichtung sich in den Dienst der guten Sache stellten und die Hauptlast der Arbeit bewältigt haben, in die sie ihre Kräfte in uneigennütziger Weise stellten, das sind die Kriegsveteranen von 1870/71, Herren Kommerzienrat C. G. rübel und Bankbeamter M. Huppel in Gotha. Diese beiden Veteranen aus Deutschlands großer Zeit, ersterer Ehrenvorsitzender und letzterer Vorherrscher des Veteranenverbandes für Thüringen, sind die Gründer der Wachsenburgsammlungen. Das überaus rege Interesse aber, welches der hohe Protektor der Wachsenburg, Herzog Karl Eduard von Sachsen-Coburg und Gotha, bei jeder sich bietenden Gelegenheit bezeugt, läßt für die Zukunft das Beste erhoffen, lo über der Ruf der Wachsenburgsammlungen in Thüringen, wo keine Grenzen hinaus bereits bezeugt ist. Möge das Kriegsveteranenmuseum auf der Wachsenburg, das ist der Wunsch aller vaterländisch Gesinnten, bald Gemeingut des deutschen Volkes werden.

Deutsches Reich.

Preuzentag der Fortschrittlichen Volkspartei

Unter außerordentlich harter Beteiligung von Abgeordneten und Delegierten aus den Reichsteilen wurde Montag früh im 'Reinhold' der Preuzentag der Fortschrittlichen Volkspartei eröffnet. Der Vorsitzende des Zentralkomitees, Abg. Funck, leitete die Verhandlungen mit einer Begrüßungsansprache ein, in der er den Preuzentag als die Vollziehung eines Beschlusses des Parteitagtes in Mannheim schilderte und seine Notwendigkeit darstellte. Das Besondere, daß derartige Volksparteitage zum Partikularismus führen könnten, ist unzutreffend, da das Gefühl der Zusammengehörigkeit bei allen Gewinnungsgenossen in Deutschland lebendig sei. Auch die heutige Tagung werde die enge Verbindung zwischen preussischen und deutschen Angelegenheiten beweisen. Die preussische Wahlrechtsfrage sei eine eminent deutsche Frage. Abg. Funck schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung auf gutes Gelingen und reichem Erfolg der Verhandlungen. Auf seinen Antrag wurden die Abgg. Büchtemann, Vizepräsident Dove und Cassel zu Vorherrscher, Abg. Delius und Wäckerdeputierter Braun-Berlin zu Schriftführern gewählt.

Abg. Büchtemann dankte für die Wahl und gab dem Abg. D. Wäckerde das Wort zu seinem Vortrag:

Unsere Forderungen an den preussischen Landtag.

Redner führte aus, daß wir uns mit Stolz Preußen nennen, aber mit der Kritik an Gesetzgebung und Verwaltung nicht zurückhalten dürfen. Wir hätten gute, zu gute Kritiken, es herrsche Fatalismus und Neigung zur Idealisierung, die Kultursausgaben werden inloggedessen zu knapp gehalten, gerechtfertigt ist das Verlangen nach gewissten Verbesserungen. Die soziale Lage und die rechtliche Stellung der Staatsarbeiter und der Landarbeiter ist aufzubessern. Die Steuerzylinder seien von der Partei stets nur als vorübergehend betrachtet worden, sie müßten mindestens schrittweise herabgesetzt werden. Unsere Forderungen auf Ermächtigung der Eisenbahntarife seien bisher nicht von Erfolg gekrönt gewesen. Wieser forderte weiteren Ausbau der Wasserkräfte und feinschnittete die Schiffan auf dem Gebiete des Vereins- und Verjüngungsrechts, der Feuerbestattung usw. Von der immer noch nicht zustande kommenden Berwärtungsreform sei viel gutes nicht zu erwarten. Die Forderung des Schulwesens bleibe eine unserer bedeutendsten Aufgaben; der preussischen Lehrerschaft seien für ihre vorerfindlichen Leistungen zu Dank verpflichtet. Der konfessionellen Zerklüftung müsse scharf entgegengetreten werden. Wichtige Forderungen seien an den Staat Preußen zu stellen, mit aller Energie müsse daher die Partei in den Wahlkampf eintreten. Preußens Eigenart solle der Fortschritt, Preußens Zukunft die Freiheit sein.

Abg. Fischbeck referierte über

Die Taktik im Wahlkampf.

Er stellte als Motto in den Vordergrund: Kampf gegen alle diejenigen, die dem rückfälligen System in Preußen als Stütze dienen, kein Paktieren mit denjenigen, die Anhänger des jetzigen Wahlrechts sind, und energische Förderung der Wahllohn Abgeordneten, die den Fortschritt wollen! Redner wandte sich gegen die Rechtsparteien und gestellte insbesondere die vertrittliche Haltung des Zentrums bei den Wahlrechtsabstimmungen. Sinnföhrlich der Nationalliberalen sei es aus politischen Erwägungen er-

wünscht, eine Verständigung herbeizuführen. Vereinbarungen seien in Ost- und Westpreußen, Schlesien, Sachsen, Brandenburg und einem Teil von Kurhessen im Absehl begriffen. Leider sei in Schleswig-Holstein eine Verständigung mit den Nationalliberalen nicht gelungen. Zur Sozialdemokratie übergehend, kritisierte Abg. Fißhede die Resolution der sozialdemokratischen Landesversammlung, deren Bedingungen zum Teil unbefristet, zum Teil mit der Beschränkung der Partei unvereinbar seien. Die sozialdemokratischen Vorschläge lägen auf demokratischem Gebiet und entsprängen dem natürlichen Parteinteresse. Das angelegte Ziel, einem freieren Wahlrecht zu dienen, werde dabei ganz in den Hintergrund gedrängt. Wenn in der sozialdemokratischen Resolution den Fortschrittler sogar zugemutet werde, sich spezifisch zu einer bestimmten Partei im Parlament zu verpflichten, so müsse von vornherein bestimmt erklärt werden, daß unsere Kandidaten durch ein solches Kandidieren ein Loch nicht kriechen würden. Der Versuch der Sozialdemokratie, auf die Fortschrittliche Volkspartei bei der Auffstellung der Wahlmannskandidaten „erzwecklich“ zu wirken, sei zurückzuweisen, da unsere Partei bei der Auswahl der Wahlmänner nach ihren eigenen Erwägungen vorgehen werde. Die Partei könne auf Abmachungen, wie sie die Sozialdemokratie vorschlägt, nicht eingehen. Es bleibe nichts anderes übrig, als eine möglichst breite Angriffs- und Verteidigungsfront der Liberalen herzustellen. Abg. Fißhede schloß unter lebhaftem Beifall mit der Aufforderung, kraftlos in die Diskussion einzutreten, wo mit den Nationalliberalen Bündnisse geschlossen seien, oder wo etwa in den Ostmarken Abmachungen unter den deutschen Parteien vorlägen, diese durchzuführen, im übrigen aber selbständig vorzugehen und bei der Kandidatenaufstellung möglichst alle Stände zu berücksichtigen.

### Inrader im „Konkubinat“.

Auracher, der vor drei Jahren als erster Generaldirektor des Kapuzinerordens die Nacht und Nebel aus Rom verschwand, hat nach den Mitteilungen der ultramontanen Presse Frau und Kinder heimlich verlassen und ist neuerdings ins Kloster zurückgekehrt. Frau Auracher veröffentlichte nun ein Mißliebliches Brief ihres Mannes, aus dem hervorgeht, daß er seitdem an unheimlichem Verlogenswahns litt und hies Türken und Sölden vor sich sah. Diese Unart der Veröffentlichung muß gerügt werden. „Bayerischer Kurier“ und „Germania“ übernehmen es. Sie schreiben:

Der frühere Kapuzinerpater Auracher ist feindselig überfallen worden durch die Veröffentlichung seines Mißlieblichen Briefes an sein gewöhnlich angeordnetes Frau und Kinder. In dem Briefe kam die Stelle vor: „Ich tue natürlich alles Mögliche, um die Sache geheim zu halten.“ Die „Germania“ hat aber den Brief an die „M.-Auracher-Wendehüte“ weitergegeben, und zwar zum Nachweis dafür, daß die Scheidung der Trennung nicht ihr zukomme. Der Rest ist Schweigen, was im Interesse beider Teile liegen dürfte.

Auracher hat eine vor dem Staatsgericht rechtsgültige Ehe eingegangen. Frau Auracher kann daher zum mindesten verlangen, daß sie nicht mit Gemeinheiten behandelt wird, wie sie sich in den Ausdrücken „sein iniquiter angeordnetes Fräulein Schmidt“ und „die Schmidt“ finden. Dasselbe Mittel der Beschimpfung wurde angewandt, als vor drei Jahren gegenüber den Schwindeln der ultramontanen Presse, als ob Auracher in irgendeinem „stillen Klosterlein“ sich verborgen hielte, eine Verheiratung bekannt gegeben wurde. Damals schrieb das „Frankfurter Volksblatt“ des Abgeordneten Liborius Gerstenberger:

„Jener Bund, welchen ein abgefallener Priester fürs Leben abschließen will, mit einer Person — und eine solche Person gereicht sicher nicht dem Frauengeschlecht zur Ehre, — ist niemals eine rechtmäßige Ehe, sondern ist und bleibt vor Gott und der katholischen Kirche ein Konkubinat, ein verwerfliches Zusammenleben.“

Was soll man zu solchen Beschimpfungen gegen eine Frau sagen, die der kirchlichen Presse doch nichts zu leide getan hat?

### Konfessionelle Objektivität.

Wie absurd die Befassung der Antikritiker ist, daß die jüdische Presse und die jüdischen Kritiker ihre Gegner, soweit sie in der Wissenschaft sich einen Namen gemacht haben, systematisch „aufzuhängen“ suchen, dafür liefern die Gratulationsartikel zum 80. Geburtstag Eugen Föhrings wieder einmal ein sprechendes Beispiel. Es seien hier nur drei Auswahlen jüdischer Kritiker angeführt:

Dr. J. K. A. n. schreibt im „Berl. Tagebl.“: „... An seinem 80. Geburtstag möge alle Bitternis der vergangenen Jahrzehnte vergehen sein, und in der ehrwürdigen Seele, die dem Greisenalter gebührt, dem freiesten aller Gelehrten und eines Denkers doppelt gebührt, sei des weltgewandten, schwer im Leben gequälten und von des Geschicks graulichen Mächten heimlich hier bedacht. Dem Achtzigjährigen gegenüber verneint jede Empfindung von Feindseligkeit und von Haß.“

Theodor Lessing würdigt in einem 6 Spalten langen Artikel der „Frankf. Ztg.“ das Lebenswerk des Philosophen, der beschnitten keineswegs seine Schranken und die seiner Verleumdung entzungenen Möglichkeiten, freut sich aber doch über „den Anblick eines von allen Vorurteilen und Mißständen unbedenklichen, von Menschenwürde befreiten Denkerlebens und den erhebenden Anblick eifriger Selbstbestimmung“, und fügt hinzu:

„Überall ist es leicht, zu kritisieren, überall kommt, das Recht auf seine kritische Einsicht zu erwerben. Man kann billig über einen Düring lächeln. Aber nur die Allegorien haben ein Recht, so zu lächeln, und diesen wird wohl das Weinen näher stehen.“

Dr. Arthur Bernheim widmet in der „E. J. A. M.“ dem Streite des Philosophen mit der Berliner Fakultät andere Betrachtungen und schreibt zum Schluß:

„Düring hat sich nach kurzen Irrgängen auf den turbulenten Bruchfeldern des Antisemitismus bald wieder auf seine höheren geistigen Qualifikationen besonnen. Was er in äußerlich so beherrschender Zurückgezogenheit seines späteren Gelehrtenlebens bis auf den heutigen Tag geleistet hat, zeigt bis ins einzelne von hohem Geiste und hohem Ethos. Auch die Gegner seiner wissenschaftlichen Lehren sind ihm nicht gram. Möge sein Lebensabend gesegnet sein wie — auf die wahren Werte betrachtet — sein arbeitsreiches Leben es war. Das ist der resignierte Wunsch der vielen, die zu Füßen des blinden Denkers gesessen haben. Aber mancher, dessen Erinnerungen zu dem auf die Seite ge-

hobenen Gelehrten wallen, denkt mit Inzorn daran, was für Leute heutzutage in die Höhe kommen.“

So zu lesen in den drei „Hauptdienstblättern“ Deutschlands. Gleichwohl getrie die antisemitische Presse fortgesetzt über „jüdische Verlogensjuden“!

### Auswehmaßnahmen gegen russische Ballons.

Nach einer Resolution des preussischen Ministers des Innern, welche über den Beförden der fliegenden Grenzposten angeordnet ist, sollen russische Ballons, welche über die deutsche Grenze kommen, stets zum Landen gebracht werden, falls sie nach Überfliegen der Grenze nicht eine sofortige Landung vornehmen. Es handelt sich hierbei um eine Auswehmaßregel gegen die Russen, die die von Deutschland über die russische Grenze fliegenden Ballons sofort beschließen und zur Landung zwingen.

### Aus den Kolonien.

Eine neue Kanalverbindung mit den deutschen westafrikanischen Kolonien ist am Montag eröffnet worden. Wie die Deutsch-Südamerikanische Telegraphengesellschaft mitteilt, handelt es sich um das neue Kabel Monrovia-Lomé-Duala. Damit ist eine unabhängige deutsche Kabelverbindung zwischen Deutschland und seinen Schutzgebieten Togo und Kamerun über Teneriffa und Montevideo geschaffen. Mit der Inbetriebnahme des Kabels tritt eine Ermäßigung der Wortgebühr nach Togo und Kamerun auf 3,65 Mk. ein.

### Kleine vermischte Nachrichten.

Der neue württembergische Minister des Innern v. Fleischhauer nahm in der Entscheidung der Zweiten Kammer zum ersten Male das Wort Er betonte sich zu den Grundfragen eines bestimmten Fortschritts. Ueber seine Stellung zur Sozialdemokratie äußerte der Minister: Er habe für das Streben der Arbeiterpartei nach Beseitigung ihrer sozialen Lage volles Verständnis. Soweit die Sozialdemokratie sich auf den Boden der bestehenden Staatsordnung stelle, werde sie bei ihm einen offenen Ohr und ernsthaften Ermüdungen begegnen. Soweit sie aber den Klassenkampf auf ihre Fahne geschrieben habe, werde sie die Regierung entscheiden auf der Gegenseite finden. Hinsichtlich des Streikverbotens ergebe er sich dem Standpunkt des Staatssekretärs des Reichstags des Innern an.

Rebelerhebung in Deutschland-Togo-Kamerun. Die Deutsch-Südamerikanische Telegraphengesellschaft teilt mit, daß das neue Kabel Monrovia-Lomé-Duala eröffnet worden ist. Damit ist eine unabhängige deutsche Kabelverbindung zwischen Deutschland und seinen Schutzgebieten Togo und Kamerun über Teneriffa und Montevideo geschaffen. Mit der Inbetriebnahme des Kabels tritt eine Ermäßigung der Wortgebühr nach Togo und Kamerun auf 3,65 Mk. ein.

Der Zentralausschuß der fortschrittlichen Volkspartei lehnte am Sonntag in Berlin die Beratung über Organisations- und Finanzfragen fort und nahm dann ein Referat des Abg. Dr. Wiemer über die Reichspostpolitik entgegen.

Die Reichstreffler Landeszeitung erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß seitens der Reichsregierung bei den kirchlichen Behörden des Reichs gegen den Abgeordneten Betters Schritte wegen dessen antideutschen Auftretens und seine Behauptungen in Frankreich erfolgt sind. — (Wird wenig nützlich)

## Ausland.

### Briands Mühen.

Die Bemühungen Briands, ein neues Ministerium zusammenzubringen, sind bisher noch nicht von dem großen Erfolge begleitet gewesen, den man sich gleich nach Schluß des Berliner Nationalkongresses und am letzten Sonnabendvormittag versprach. In erster Linie ist das Scheitern der Weigerung von Bourgeois, das Portefeuille des Außen zu übernehmen, zuzuschreiben. Trotz aller Bitten Briands, Policans und Fallières über Bourgeois bei seiner ablehnenden Haltung, die er mit seiner schwachen Gesundheit nicht handhaben könnte, hat sich nach immer für die beiden Ministern der Landesverfassung, da sowohl der vor acht Tagen ernannte Kriegsminister Lubetun als auch der Marineminister Delcassé den Wunsch geäußert haben, von ihren Posten zurückzutreten. Dagegen ist wieder davon die Rede, Delcassé als Kriegsministerium zu übernehmen und für die Marine einen Fachmann, also einen Admiral zu finden. Für diesen Posten wäre der Admiral Boué de Laperrière wie geschaffen, der schon einmal unmittelsbar vor Delcassé dieses Amt innegehabt hat, und zwar mit vorzüglichem Erfolg. Doch sah man ihn ungern von dem Kampfposten erster Linie an der Spitze des Mittelmeerflottenkommandos. Auch der Sozialist Viviani, der bereits einmal Arbeitsminister war, hat das ihm von Briand gemachte Angebot, den Unterricht zu übernehmen, abgelehnt. Alles in allem genommen, ist man also kaum einen Schritt weiter gekommen wie zur Zeit, da das bisherige Kabinett von Amte zurücktrat. Briand sagte Sonntagabend den ihm um Auskunft bekümmerten französischen Pressevertretern, man möge ihm für den Augenblick noch Ruhe gönnen. Vor allem aber solle man das müßige Spiel der Kombinationen lassen, bei dem nichts Positives herauskomme. Das wird vielfach so gedeutet, daß bald eine fertige Kombination zustande gekommen sein werde, oder daß Briand, was allerdings weit weniger glaublich erscheint, das vom Präsidenten der Republik in seine Hände gelegte Mandat ablehnen werde.

### 25000 Mann für den Panamakanal.

Wie aus Washington telegraphisch wird, erklärte Oberst Goethals im Marineministerium des Repräsentantenhauses, daß eine Garnison von 25000 Mann notwendig sei, um den Panamakanal zu schützen. Die gegenwärtigen Pläne lähen nur 9000 Mann vor. Wenn wir in einem Kriege die Herzschäft über das Meer verlieren würden, so führte Goethals aus, wären wir auf die Garnison angewiesen und könnten keine Verpflichtungen von den Vereinigten Staaten verlangen. Die Galeonen sind ein wichtiger Teil des Kanals und sollten mit starken Besatzungen geschützt werden. An den beiden Endpunkten sollten Garnisonen errichtet werden. Die Erklärung, daß der Kanal schwerlich gehalten werden könnte, wenn die Vereinigten Staaten die Herrschaft über das Meer verlieren würden, erregte unter den Mitgliedern des Komitees Aufsehen.

## Halle und Umgebung.

Halle a. S. 21. Januar

### Stadtverordneten-Sitzung.

Halle, 20. Januar

Am Vorstandstisch die Herren Justizrat Föhring, Kaufmann Probst und Rentier Knebe.

Eingegangen ist eine Einladung der Universität zur Feier von Kaisers Geburtstag und der 100jährigen Wiederkehr der Erhebung Preußens, ferner eine Einladung zum Festessen im Stadthaus.

Weiter liegt eine Eingabe des Reichsbundes des deutschen Musikerverbandes in Sachen der Theatermusik vor. Sie geht an den Theaterausschuß. Der Frauenverein petitioniert wegen der Flichtlinienänderung betreffend die Gottesackerstraße. Die Eingabe wird dem Bauausschuß übergeben.

Danach tritt man in die Tagesordnung ein.

Punkte 1—3 betreffen Grundstücke zur Ausführung des Angestellten-Verpflichtungsgesetzes und Nachtrag zum Ortsstatut über die Anstellung und Vergütung der Gemeindebeamten und deren Hinterbliebenen. Herr St. Borgs referiert darüber. Es liegen folgende Ausführungen des Magistrats vor:

Bei Ausführung des Verpflichtungsgesetzes für Angestellte vom 20. Dezember 1911 sind folgende Grundzüge zu beachten:

1. Die auf Privatienvertrag im südlichen Dienst Angestellten, welche unter § 1 Abs. 1 Ziffer 1 u. 2 und Abs. 3 A.-L.-G. fallen, sind zu versichern (vorbehaltslos der Bestimmung zu 4). Die diesen Angestellten auf Grund des § 20 A.-L.-G. später zu machenden Beiträge für zur Hälfte auf das fällige Ruhegeld anzurechnen. Unter gleichzeitiger Beachtung der entsprechenden Bestimmungen der Reichs-Verpflichtungsordnung erhält § 8 des früheren Gemeindebeschlußes über die Beförderung der nicht pensionberechtigten südlichen Bediensteten und Arbeiter und ihrer Hinterbliebenen folgende Fassung: Auf die nach §§ 6 und 7 zu gewährenden Beiträge kommen fällige aus Mitteln des Reichs oder anderer staatlicher oder kommunaler Verbände sowie die auf Grund der Reichsgehalte über die Angestellten und Arbeiterführer (Verpflichtungsbeitrag für Angestellte und Reichsversicherungsordnung) zufließenden Beiträge zur Anrechnung, jedoch mit folgender Einschränkung: a) Ruhegeld, Jubiläum- und Hinterbliebenenrenten werden sämtlich nur in Höhe ihres halben Jahresbetrags auf die fälligen Renten anzurechnen usw. bis hierher.
2. Die auf 5 Jahre und bis zum 35. Lebensjahre fällbar angestellten Beamten: Polizeiergatten, Steuererheber, Polizeihilfsbeamte, Kanalarbeiter, Boten, Kassenkassier, Pförtner, Türmer und sonstige Beamte, deren Stellen ausschließlich der Beförderung mit Militärsoldaten vorbehalten sind, werden sämtlich als versicherungsfrei erachtet. Weil sie sich im Sinne des § 1 des A.-L.-G. in keiner besonderen Stellung befinden. Das Gleiche gilt für die dauernd fällbar angestellten Feuermänner und Oberfeuerwärter. (Polizeiwachmeister, Feldwebel der Feuerwehr und ähnliche Angestellte sind versicherungsfrei auf Grund des § 9 A.-L.-G.)
3. Diejenigen Bureaublätter, welche die Ämterprüfung bestanden haben, und daher als nicht mehr im Vorbereitungsdienst befindlich an sich versicherungspflichtig sein würden, werden auf Grund folgender ordnungsgemäßer Bestimmung versicherungsfrei: § 4 des Ortsstatuts vom 13. März 1900 enthält folgenden Zusatz: Bureaublätter an, welche die Ämterprüfung bestanden haben, sind für die Bureaus- und Kassenbeamten der Stadtgemeinde Halle gemäß bestanden haben, kann nur aus einem wichtigen Grunde (vergl. § 629 B.-G.-B.) gekündigt werden. Die Entziehung darüber, ob im Einzelfalle ein wichtiger Grund nach bürgerlichem Recht gegeben ist, unterliegt unter Ausschluß des Nachtrags durch den Königlichen Regierungspräsidenten in Merseburg. Derartige Anträge sind beim Magistrat binnen einer Ausschlussfrist von 2 Wochen nach Zustellung der Kündigung schriftlich zu stellen.
4. Die Entziehung darüber, ob Angestellte, welche nur für vorübergehende Dienstleistungen in südlichen Diensten stehen, als versicherungsfrei oder -pflichtig anzusehen sind, wird im Ausschluß an die gemäß § 8 A.-L.-G. vom Bundesrat noch zu erlassenden Bestimmungen herbeigeführt werden.
5. Juristische Hilfsarbeiter (Gerichts- oder Regierungsschreiber) werden bis zur Dauer von 2 Jahren auf Probe für eine etatsmäßige und versorgungsberechtigte Magistrats-assistenten angestellt und sind daher nicht versicherungspflichtig.
6. Lehrpersonen: a) Zwecks Befreiung von der Versicherungsspflicht der an öffentlichen Schulen einsch. Fortbildungsschulen, Frauenkassen und sonstigen Schulen angestellten Lehrern und Oberlehrern, welchen bisher nur ein Anspruch auf Ruhegeld (Ruhegehalt), nicht aber ein solcher auf Hinterbliebenenrente zufließt, wird folgendes Ortsstatut erlassen: Ortsstatut, betr. die Beförderung der Hinterbliebenen der im Schuldienst der Stadt Halle befindlichen Lehrerinnen und Oberlehrerinnen. Auf Grund des § 11 der Städteordnung für die 6 preussischen Provinzen der preussischen Monarchie vom 30. Mai 1853 (G.-S. E. 261) in Verbindung mit dem § 9 des Verpflichtungsgesetzes für Angestellte vom 20. Dezember 1911 und dem § 1234 der Reichsversicherungsordnung vom 19. Juli 1911 wird folgendes Ortsstatut für die Stadt Halle erlassen: Den im Schuldienst der Stadt Halle einsch. der Fortbildungsschulen, Frauenkassen und sonstigen Schulen angestellten Lehrerinnen und Oberlehrerinnen wird gleiche Befreiung von der Versicherungsspflicht nach § 9 des Verpflichtungsgesetzes für Angestellte vom 20. Dezember 1911 neben der Anwartschaft auf Ruhegeld aus dem halben Hinterbliebenenrente vom 1. Januar 1913 ab in dem zur Befreiung erforderlichen Mindestumfang von der Stadt Halle gewährt. Das gleiche gilt hinsichtlich der Befreiung von der Invalidenversicherungs-pflicht nach § 1234 der Reichsversicherungsordnung vom 19. Juli 1911.
- b) Hinsichtlich der nur vorübergehend in südlichen Diensten beschäftigten Lehrer und Lehrerinnen gilt das gleiche wie zu 4.

Die Anträge des Magistrats werden widerprückslos angenommen.

Das von der Stadtgemeinde erworbene Grundstück Nr. 51 wird gegenwärtig abgeteilt. Es ist alsdann notwendig, die Straße in der fluchtlinienmäßigen Breite zu regulieren und neu zu pflastern. Ein Projekt darüber ist aufgestellt und vorgelegt. Die Kosten belaufen sich nach dem Anschlag auf 24000 Mk. Sie sollen später, so es anträgt der Magistrat, im Umlageverfahren von den Anliegern eingeogen und der Anleihe zugeführt werden.

Der Referent Herr St. Grabehand empfiehlt die Vorlage.

Zu der Sache ist ein Antrag von einer Anzahl Stadtverordneten eingegangen, die über die

### Verteilung der Kosten auf die Anlieger

eine besondere Vorlage verlangen. Herr St. Grabehand als erster Antragsteller legt dar, daß nur drei Anlieger in Frage kommen: die Besitzer der Grundstücke 47, 48 und 50.

Es sei wesentlich zu wissen, ob es sich um eine historische Straße handelt oder um eine neue Straße.

Herr Stadtrat Frenzel entgegnet, daß die Kosten der Frontlänge verteilt werden. Es handle sich nicht um eine historische Straße, sondern um eine neue Straße.

Herr Stv. E. M. er ist der Ansicht, die Verbreiterung der Straße gelte im öffentlichen Interesse. Die Allgemeinheit müsse darum auch die Kosten tragen.

Herr Stv. G. l. e. bemerkt, daß der Bauausfuß den gleichen Standpunkt vertritt. Die Anlieger dürften nicht belästigt werden. Die Straße lag völlig ausgebaut da; nur um eine Verbreiterung handelt es sich, die einzig im Interesse der Allgemeinheit geschieht.

Herr Stv. B. u. m. e. n. t. i. t. fragt, ob die G. Steinstraße eine historische Straße sei und wie weit. Er erklärt sich für den Antrag Grabhandl und Genossen, die eine besondere Vorlage verlangen.

Herr Stadtrat Frenzel weist auf Grund des ersten Ortsstatuts über die historischen Straßen nach, daß die Große Steinstraße in jenem Teil nicht historische Straße ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. R. i. v. e. führt aus, daß nach Gesetz und Ortsstatut die Anlieger zu den Kosten verpflichtet sind. Aber der Magistrat empfindet selbst, daß es eine Härte wäre, den drei Anliegern die ganzen Kosten aufzuerlegen.

Und darum ist er entschlossen, im Bestimmten Umfang der Kosten zu verzichten, auf die Einziehung der Kosten zu verzichten, auf die Einziehung der Kosten zu verzichten.

Herr Stv. B. r. o. t. möchte als Willen der Stadtverordnetenversammlung zum Ausdruck gebracht sehen, daß das Kollegium auf die Einziehung der Kosten völlig verzichten will.

Herr Oberbürgermeister Dr. R. i. v. e. widerspricht dem. Es wird unvorführbar, sich in dieser Weise zu binden, bevor man den Umfang übersehen kann, in dem die Anlieger billigerweise zu verpflichten sind.

Ein Verlagsantrag wird abgelehnt. Die Vorlage wird angenommen, nur der Passus betreffend die Einziehung der Kosten von den Anliegern wird gestrichen.

Die Neuvermessung des Stadtbezirkes ist so weit vorgeschritten, daß nunmehr die Unterlagen für einen General-Bebauungsplan in einem einheitlichen, für diesen Zweck geeigneten Maßstabe hergestellt werden können.

Herr Stv. G. l. e. b. m. e. r. t. berichtet, daß die Ergänzung der Mittel zum Gesamtbetrag von 5000 Mk. erforderlich ist. Die Veranlagung nimmt zu. (Herr Stv. G. l. e. b. m. e. r. t.)

In Uebereinstimmung mit der Friedhofsdeputation hat der Magistrat beschloffen, gegen Einziehung eines Kapitals von 500 Mk. in 4 Proz. minderbilligen Wertpapieren die Verpflichtung zu übernehmen, eine auf dem Stadtpostamt belegene Erbegräbnisstätte Nr. 1808 bis zum Jahre 1978 zu pflegen und zu unterhalten. Die Veranlagung hat keine Einwendungen. (Herr Stv. D. ö. l. e. r.)

7. Weiter nimmt das Kollegium Kenntnis von der Rechnung der Kasse der Handels- und Gewerbesteuern für München für 1911 und erteilt Entlastung. (Herr Stv. S. p. i. d. e. n.)

Außerhalb der Tagesordnung hat der Magistrat als Einsache eine Vorlage eingebracht betreffend

### Gründung einer allgemeinen Ortskrankenkasse

über die Herr Stv. B. o. r. g. e. s. referiert. Es wird darin ausgeführt:

Die am 1. Januar 1914 in Kraft tretenden Vorschriften des II. Buches der Reichsversicherungsordnung bringen eine Neugestaltung des Krankenversicherungswesens. Grundsätzlich muß in jedem Versicherungsamtbezirke eine „Allgemeine Ortskrankenkasse“ bestehen. Neben dieser werden nach §§ 239 ff. R.V.D. bestehende Ortskrankenkassen auch für die Zukunft als „Besondere Ortskrankenkassen“ zugelassen, wenn sie den gesetzlichen Voraussetzungen entsprechen und rechtzeitig einen Zulassungsantrag gestellt haben. Die gesetzlichen Voraussetzungen werden in dem Ministerialerlaß vom 4. Novbr. 1912 eingehend besprochen. Neu entstehen können besondere Ortskrankenkassen nicht mehr.

Die „Allgemeine Ortskrankenkasse“ wird entweder nach § 241 R.V.D. i. B. mit der Bekanntmachung der Minister für Handel und Gewerbe und für Landwirtschaft u. w. vom 4. November 1912 neu eingerichtet oder sie kommt durch Ausgestaltung der bestehenden Ortskrankenkassen gemäß Artikel 15 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung zustande. An beiden Fällen ist ein Beschluß der städtischen Körperschaften erforderlich. Ausgestaltet werden kann eine bestehende Ortskrankenkasse nur auf ihren Antrag. Regelmäßig legt die Ausgestaltung weiter voraus, daß die auszugelassene Kasse zulassungsfähig ist. Nach dem Ministerialerlaß vom 4. November 1912 können jedoch Mängel in der Satzung einer Ortskrankenkasse, die ausgestellt werden soll, unberücksichtigt bleiben, wenn sie durch die mit der Ausgestaltung verbundene Wenderung des Mitgliedsbeitrages beseitigt werden und sich die Ortskrankenkasse im übrigen zur Ausgestaltung besonders eignet.

Einen Antrag auf Ausgestaltung zur künftigen „Allgemeinen Ortskrankenkasse“ haben zwei bestehende Kassen gestellt, nämlich die Gemeindefachliche Ortskrankenkasse und die jetzt Allgemeine Ortskrankenkasse. Beide Kassen haben Mängel, die ihrer Zulassung als besondere Ortskrankenkassen, also einem weiteren Sonderdasein, entgegenstehen. Beide bestehen nämlich für Gewerzweige und Betriebsarten und sind für sich allein nicht dauernd leistungsfähig. Die Gemeindefachliche Ortskrankenkasse hat außer den beiden genannten noch den Mangel, daß sie als bestehende Kasse im Sinne des § 85 des Krankenversicherungsgesetzes ihren Mitgliedsbeiträge unzureichend bemisst. Dieser Mangel kann nicht beseitigt werden, deshalb kommt eine Ausgestaltung der Gemeindefachlichen Ortskrankenkasse nicht in Frage. Dagegen stehen die Mängel der Allgemeinen Ortskrankenkasse, einer Ausgestaltung dieser Kasse nicht entgegen. Der Satzungsmangel nämlich (Gewerzweige und Betriebsarten) würde durch die mit der Ausgestaltung verbundene Wenderung des Mitgliedsbeitrages beseitigt werden, und die Leistungsfähigkeit würde durch die Vermögen der übrigen Kassen, die sämtlich oder mindestens zum allergrößten Teil als nicht zulassungsfähig geschlossen werden müssen, hergestellt werden. Die Allgemeine Ortskrankenkasse kann also als ausgestaltungsfähig betrachtet werden.

Die Ausgestaltung bietet gegenüber der Neueinrichtung einer „Allgemeinen Ortskrankenkasse“ erhebliche Vorteile, wie

der Ministerialerlaß vom 4. November 1912 unter II, 3 hervorhebt. Es wird auf den Ministerialerlaß verwiesen.

Da die Ausgestaltung von der Genehmigung des Oberverwaltungsamtes abhängig ist, empfiehlt es sich, für den Fall der Nichtgenehmigung die Bereitwilligkeit zur Errichtung einer „Allgemeinen Ortskrankenkasse“ schon jetzt zu erklären, um eine Anordnung des Oberverwaltungsamtes gemäß § 232 R.V.D. zu vermeiden.

Der Magistrat beantragt also:

I. Von der Befugnis, eine Allgemeine Ortskrankenkasse zu errichten, wird kein Gebrauch gemacht, und zwar zu Gunsten der Ausgestaltung der jetzigen Allgemeinen Ortskrankenkasse.

II. Sollte die Ausgestaltung der jetzigen Allgemeinen Ortskrankenkasse vom Oberverwaltungsamt nicht genehmigt werden, so ist das Kollegium bereit, die Errichtung einer Allgemeinen Ortskrankenkasse zu beschließen.

Die Vorlage wird ohne Debatte genehmigt.

Danach wendet sich die Veranlagung den Etatsberatungen zu. Das Kapitel „Verordnungen“ wird genehmigt (Herr Stv. S. t. e. i. n. b. r. i. d.), desgleichen das Kapitel „Gewinnbringende Unternehmungen“ und Kapital- und Schuldverwaltung (Herr Stv. S. p. r. i. n. g. e. r.). Herr Stv. M. e. y. e. r. I. referiert über den Etat der Mittelschulen.

Herr Stv. K. n. a. b. e. bemängelt, daß für die Beschaffung zweier

je 232 Mk. verlangt werden. Er hält die Ausgabe nicht für notwendig.

Herr Stadtrat Brendel und der Referent Herr Stv. M. e. y. e. r. I. verteidigen die Position. Halle gehe auf diesem Gebiet nicht bahnbrechend vor, sondern folge anderen Städten, wo sich die Einrichtung gut bewähre, nach. Die Sprechapparate sind treffliche Hilfen im Sprechunterricht. Die Apparate sind heutzutage so vollkommen, daß sie genau die einzelnen Stimmen erkennen lassen. Wenn wir Platten anschaffen über Noten und Vorträge, die Engländer und Franzosen in ihrer Muttersprache gehalten haben, so haben wir die Gewähr, daß unsere Schüler aus dem Apparat heraus die fremde Sprache im mündlichen und schriftlichen Gebrauch erlernen. Und das ist sehr wichtig, wenn man bedenken muß, daß die Schüler der Mittelschulen, zum Teil einen praktischen Beruf ergreifen, wo es für sie darauf ankommt, die fremden Sprachen richtig sprechen zu können. Die Oberlehrer der höheren Schulen gehen ins Ausland, um die richtige Aussprache zu üben; da ist es für die Mittelschulen ein willkommener Beistand, daß Schallplatten den Kindern die richtige Aussprache vorprechen. Die Position wird bewilligt.

Danach referiert Herr Stv. H. e. r. z. a. u. über den Etat des Stadtgymnasiums. Herr Stv. H. o. s. stellt den Antrag, den Magistrat zu eruchen, bei der Neubearbeitung der Kuratorialkassungen dafür Sorge zu tragen, daß die Oberlehrer am Kuratorium beteiligt würden. Der Antrag wird abgelehnt, der Etat mit geringen Streichungen angenommen. Ebenso der Etat des Reformgymnasiums. Der Referent Herr Stv. H. e. r. z. a. u. unterbreitet der Veranlagung dabei einen Beschluß des Etatsausfußes, wonach der Magistrat aufgefordert wird, zu unteruchen, in welchem Verhältnis das Schulgeld für die höheren Schulen zu den Löhnen steht, das andere Städte in unserer Provinz erheben.

Herr Stv. K. n. a. b. e. weist darauf hin, daß die Schullasten in Halle eine ganz gewaltige Summe erreicht haben. Wir haben seit 10 Jahren fast dieselbe Schullast: ca. 26 000 000. Aber in den 10 Jahren sind die Löhne im Jahre um 1,4 Mill. Mark auf 2,7 Mill. Mk. gestiegen. In den Schulbauten liegen 9 Mill. Mk. Kapital fest, das wir verjähren und amortisieren müssen.

### Was kostet uns der einzelne Schüler?

Ein Schüler am Gymnasium kostet uns 232 Mk. Zuschuß, an der Oberrealschule 292 Mk., am Reformgymnasium 210 Mark, an der höheren Mädchenschule 167 Mk., an der Mittelschule 104 Mk., an der evangelischen Volksschule 100 Mk. Wenn die Französischen Stiftungen von auswärtig mehr Zuschuß haben als wir, dank ihrem geringen Schulgeld, so lassen wir doch das ruhig. Von den auswärtigen Schülern, die nach Halle kommen, hat nur ein ganz geringer Bruchteil der Bevölkerung Vorteil.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Etatsausfußes, der Magistrat möge Material über die Schulgebäude in anderen Städten sammeln und vorlegen, mit 22 gegen 18 Stimmen angenommen.

Weiter wird das Kapitel „Öffentliche Gesundheitspflege“ angenommen. (Herr Stv. H. e. r. z. a. u.)

Herr Stv. D. i. e. t. e. r. b. u. r. g. führt aus, daß die Cröllwitzer Papierfabrik noch immer nach dem Sulzverfahren arbeite und die Umgebung oft verpeste. Das sei ein Verstoß gegen die öffentliche Gesundheit.

Sodann referiert Herr Stv. D. e. h. n. e. über den Etat der Handwerker- und der gewerblichen Fortbildungsschule.

Herr Stv. D. i. e. t. e. r. b. u. r. g. führt aus, daß das Schulgeld für die Fortbildungsschule zum großen Teil von den Eltern der Lehrlinge bezahlt werden muß. Das Gewerkschaftsrat nimmt gegenwärtig eine Statistik auf, um nachzuweisen, daß die Lehrherren das Schulgeld auf die Eltern abwälzen. Die Handwerkskammer hat einen Formel-Schwervertrag ausgearbeitet, wonach die Eltern statt der Meister des Schulgeldes bezahlen müssen. Manche arme Witwe, die kaum ihr Leben fristet, wird auf diese Weise gezwungen, Schulgeld zu zahlen, während doch die Lehrherren zahlungspflichtig sind. Auch große Stoffkassens handeln so wie die Handwerkskammer es in ihrem Lehrvertrag vorsteht. Da müssen Mittel und Wege gefunden werden, um unseren Willen, den wir im Ortsstatut niedergelegt haben, daß nämlich der Lehrherr zahlungspflichtig ist, zur Geltung zu verhelfen.

Endlich wird der Etat des Feuerlöschwesens genehmigt. (Herr Stv. S. t. e. i. n. b. r. i. d.)

Außerhalb der Tagesordnung ist noch eine Vorlage des Magistrats eingegangen: Regelung der

Mietverhältnisse für das Stadttheaterrestaurant.

Die Vorlage wird aus der öffentlichen in die geschlossene Sitzung verwiesen.

Schluß nach 8 Uhr.

### Von der Gemeinde Trotha.

Auf Anregung der Trothener Geistlichen wurde in dem Hause Oppiner Straße 14 eine Etage gemietet, deren Räume einstweilen kirchlichen Ge-

meindezwecken dienen sollen, da sich die Erbauung eines Gemeindehauses in Trotha noch nicht hat ermöglichen lassen. Diese Räume wurden am Sonntagabend in Gegenwart absteiger Gemeindeglieder eingeweiht. Herr Pastor Dr. J. e. n. r. i. c. h. hielt die Weihrede, der er die Worte zugrunde legte: „Sie aber bleibet beständig in der Apollonstraße, in der Gemeinschaft, im Brotbrechen und im Gebet.“ Außerdem hielten die Herren Pastor Winterberg und Pastor J. a. b. i. n. g. noch Ansprachen. Die Feier wurde von gemeinsamen Gesängen, begleitet von dem Trothener Männerchor, von Gesangsvorträgen der Konfirmanden und Konfirmandinnen hinhingewollt umrahmt.

Der Städtische Bürgerverein fällt am Donnerstag, den 23. ds., ebenfalls 8½ Uhr im Schützenhof, Bestraße, seine Generalversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Bericht über die letzten Stadtverordnetenversammlungen (Herr Oberlehrer H. o. s.). 2. Geschäfts- und Kassenbericht. 3. Entlassung des Vorstandes. Wahl der Rechnungsprüfer für 1913. 4. Verschiedenes. Sämtliche Mitglieder sind zu der Versammlung eingeladen.

Der Eisenbahnverein zu Halle a. S. veranstaltet am 24. und 25. d. Mts. von etwa 8 Uhr ab, im festlich geschmückten Wintergarten seine diesjährigen Kaisers Geburtstagsgesellen in gemeinsamer Weise. Um eine Ueberfüllung zu vermeiden, sind Programme vorher von den Vertrauensmännern zu entnehmen.

Wieder schließt Hohenzollern im Verbandsspiel mit 13:0. Marlarer konnte M. seine Spielfarbe gegenüber den Pfingsten Klub nicht beweisen. Sein Resultat ergibt aus neue, daß M. moralisch wieder an der Spitze aller Vereine steht, wenn auch 96 mit Glück die Gaumeisterschaft unter Dach und Fach bringen konnte. Gegen den gewaltigen Inturm W. war Hohenzollern machtlos, alle Versuche, Widerstand zu leisten, vergeblich, und mit 13:0 muß Hohenzollern die schwerste Niederlage dieser Saison gegen den mächtigen Gegner einleiden.

## Aus dem Leserkreis.

(Für die Berichtigungen unter dieser Überschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung für sie bleibt auf Grund des § 21 Abs. 2 des Weggesetzes im vollen Umfange der Einrede veranwortlich.)

### Schnellere Abfertigung in der Sparkasse.

Die Sparkasse verfolgt doch in erster Linie den Zweck, daß der kleine und nicht geschäftsfähige Mann sein vorläufig überflüssiges Geld absolut sicher anlegen kann und so schnell wie irgend möglich aus dem Hause bringt.

Dieser Zweck wird aber dadurch vereitelt, daß bei dem Monatszins, vornehmlich aber bei dem Monats- bzw. Vierteljahrszins, der Antrag in der Sparkasse so groß ist, daß die betreffenden Personen sehr lange warten müssen, ehe sie abgefertigt werden können, wogu aber dem größten Teil nur wenig Zeit übrig bleibt. Um dies zu vermeiden, müssen sie daher das Geld längere Zeit unter unheimlichem Verstoß in der Wohnung aufbewahren. Am 6. ds. Mts. vormittags 11 Uhr befanden sich z. B. an der einen Zahlstelle über 60 Personen und an der anderen waren es noch viel mehr. Auf eine Rückfrage in der Kasse, wann wohl die beste Zeit wäre, um schneller abgefertigt zu werden, wurde geantwortet: „Nachmittags ist der Andrang noch stärker, warten Sie lieber noch einige Tage“, was dann auch geschah.

Wäre es denn nicht möglich, daß das Personal zu Zeiten des starken Verkehrs verläßt und so eine geschäftigere Abfertigung herbeiführt würde? R. A.

## Provincial-Nachrichten.

### Oberstaatsgerichtspräsident von Haffell †

Haffell, 20. Jan. Oberstaatsgerichtspräsident von Haffell ist heute morgen im Alter von 70 Jahren plötzlich an einem Herzschlag gestorben. v. Haffell wurde am 18. August 1843 in Celle geboren, besuchte das Gymnasium zu Celle, die Kaiserliche Hochschule und später die Universitäten München und Göttingen. Nachdem er mehrere Jahre Landgerichtsdirektor und später Landgerichtspräsident in Haffell befehligte, v. Haffell war auch Verfasser mehrerer juristischer Werke.

### 38 Dienstmädchen auf 1000 Einwohner.

Göttingen, 20. Jan. Wohl selten hat eine Stadt einen prozentual so großen Reichtum an Dienstmädchen, wie Göttingen. Noch einer jetzt aufgenommenen Statistik wurden hier etwas über 1500 Dienstmädchen gezählt, so daß auf je 1000 Einwohner 38 Dienstmädchen, oder auf je 26 Einwohner ein Dienstmädchen kommt. Dies ist ein erfreulicher Beweis für die Wohlhabenheit der Bevölkerung Göttingens, die bekanntlich die bei weitem reichste von sämtlichen Städten der ganzen Provinz Hannover ist.

### Greppin, 20. Jan. (Die Errichtung einer neuen Pfarrstelle)

hat der Minister im Einverständnis mit dem Evangelischen Oberkirchenrat unter Aufhebung der paratamlichen Verbindung von Greppin und Sandersdorf in Greppin genehmigt. Die betreffende Urkunde tritt mit dem 15. Februar in Kraft.

### n. Weihenfelds, 20. Jan. (Brand. — Selbstmord.)

In den Weihenfelden entstand gestern nachmittag ein Brand, durch den die Büllins- und der Korffschmiedapparat teilweise zerstört wurden. Schmelles Eingreifen der Feuerwehr beendete meisters Gefahr. Der Zuschauerraum war noch unbefestigt. — Als auf wiederholtes Rufen an der verschlossenen Schlafkammerthür in der Wohnung des Schulmachers Seifert in der Lutherstraße keine Antwort erfolgte, schlug man ein Fenster auf, um in den Raum zu gelangen. Dort fand man Seifert an der Tischkante erhängt vor. Was den Lebensmüden zur Tat gebracht haben mochte, war noch nicht zu ermitteln.

### n. Uffertshaus, 20. Jan. (Schneefall.)

Der 17jährige Sohn des Gastwirtes Müller hatte mit einem Schabracken Stroh geholt. Als er durch das Tor fahren wollte, traf ihn ein Herzschlag, der seinen sofortigen Tod zur Folge hatte.

### w. Naumburg, 20. Jan. (Ehrenvolle Berufung.)

Der um die Jugendpflege hochverdiente Rektor Heinrich Naumburg ist als Seminarlehrer nach Merseburg berufen worden, wofür er am zwei aufeinanderfolgenden Tagen 6 Interdisziplinären erteilt. Zugleich ist er der Kgl. Regierung beigeordnet worden, wobei er auf dem Gebiete der Jugendpflege des Regierungsbezirks etwa dieselbe Stellung einnimmt, wie ein Gemeindefiskus für Fortbildungsschulen.

### n. Weihenfelds, 20. Jan. (Das Rittergut Bahndorf)

bei Weihenfelds, bisheriger Besitzer Rämpf, ist für den Preis von 205 000 Mark an die Landbank verkauft worden. Die Uebergabe ist bereits erfolgt. Die Landbank denkt ca. 100 Einwohnern Häuser nebst Stallungen zu erbauen. Zu jedem Hause soll die



# Handel, Gewerbe u. Verkehr.

## Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.“)

3 Uhr 10 Minuten. Kredit 198,50, Diskonto 189,12, Deutsche Bank 255,50, Berliner Handelsgesellschaft 168,25, Dresdner Bank 157,50, Kommerz- und Diskontobank 114,62, Russische Anleihe von 1902/90, 62, Türkenloose 157, Lombarden 21,75, Kanada 261,75, Baltimore 104,87, Laurahütte 173,12, Bochumer Guß 217, Gelsenkirchener 190,25, Harpener 195, Deutsch-Luxemburg 166,30, Phönix 263,62, A. E. O. 240,37, Siemens & Halske 218,50, Hamburger Paketfahrt 157,37, Nordd. Lloyd 123, Ametz-Friede 177,50, Hansa 300,50, South-West 126,50, Schantung 131,87, Schuckert 148, Orenstein & Koppel 206,50. Tendenz: Abgeschwächt.

Am Kassamarkt notierten höher: Julius Bergwerk 5, Adier-Fahrad 4, Freund Maschinen 15,50, Kappel Maschinen 5, Kronprinz Metall 25, Feiers 27,50, Yogi Maschinen 7, Wandler 10, Vereinigte Hantschlauch 4, Delmenhorst Linoleum 11,50, Akkumulatorenfabrik 5, Schering 3,50, Union Chem. Fabrik 3,25, Aderberger Bergwerk 3, Eschweiler Bergwerk 3, Hesper Eisen 6, Rhein-Nassau 3, Siegen-Söling 4,25, Karl Lindström 3, König Wilhelm 4,50, Deutsche Schachtbau-Ges. 4,75, B&S Stein 3,50, Niedriger: Gross-Lichterfelder Bergverein 3, Hilttenheim Spinneret 9,50, Deutsche Gasglühlicht 7,50, Sturm Falzleim 3, Thiederhall 5,50.

Zinn-Kursnotizen. Berlin, 20. Januar. 1/2 Badoische Staats-Anleihe 99,00 unsk. 15 90,25 G. 4/4 Badoische Staats-Anl. 100,00 G. 4/4 Bayerische Staats-Anleihe 101,00 unsk. 101,00 G. 4/4 Preuss. Anleihen 100,00 unsk. 3 1/4, Württemberg. Staats-Anleihe 81-83 unsk. 3 1/4, Kammerun Eisenbahn-Anleihe — unsk. 3 1/4, Deutsche Ostafrikanische Schuldversch. gar. 81-80 B. 4/4, Cottbusser Stadt-Anleihe 100 unsk. 4/4, Braunschweig. Stadt-Anleihe 100 unsk. 4/4, Dessauer Stadt-Anleihe 1898 unsk. 4/4, Düsseldorf. Stadt-Anleihe 1900, 37, 08, 01, 97, 10 B. 4/4, Jänner Stadt-Anl. 1900 unsk. 4/4, Jänner Stadt-Anl. 1902 unsk. 4/4, Nordhäuser Stadt-Anleihe 1903 unsk. 100 unsk. 101,00 G. 4/4, Quedlinburger Stadt-Anleihe 1903 unsk. 4/4, Thurner Stadt-Anl. 1909 unsk. 11 1/2, 87,25 G. 1/2, Hessische Komm.-Obl. X-XII 90,20 G. 3 1/4, Oesterreichische Nord-Westbahn-Obligationen 1874 unsk. — unsk. 4/4, Deutsche Solway-Werke unsk. 4/4, Elberfelder Renten unsk. 111 1/2, 25,50 B. 1/2, G. G. Gülle- und Laubener unsk. 93,00 G. 4/4, Vereinigte Lausitzer Glaswerke 90,00 G. 4/4.

Londoner Börse vom 20. Jan. Es notierten: Engl. Konsols 75 1/2, Rio Tinto 72,00, Gold 110, Golds. S. 23, Suezkanal 64,75, Steel price 112,50, Bar. Mex. 6,57, Anascon 4,62, Eastern Copper 4,07, Chartered 1,31, Aurora West 4,00, Cindrella Cons. 1,12, Johannesburg Goldfields 0,15, Van Byn 3,84, Albus (General) 1,00, Rand Collieries 0,43, West Rand Consols 15,00, General Mining & Fin. 2 1/8, A. Gorr & Co. 0,75, Modderfontein 12,51.

## Der Kali-Kuxenmarkt.

Berlin, den 20. Januar.

Kauf	Verk.	Kauf	Verk.
Alexanderhall . . . . .	8900	Höpatz . . . . .	2150
Bergmannsberg . . . . .	6260	Johannshall . . . . .	2950
Beinsdorf . . . . .	100	Justusshall . . . . .	800
Burbach . . . . .	12900	Kaiseroda . . . . .	8700
Butlar . . . . .	700	Krönerhall . . . . .	1370
Chälsand . . . . .	6300	Krügerhall . . . . .	1100
Chälsand . . . . .	6300	Marzthal . . . . .	2950
Chälsand . . . . .	1800	Maxshall . . . . .	2950
Chälsand . . . . .	1060	Neuesiedelz . . . . .	31.0
Chälsand . . . . .	1825	Neustaatsort . . . . .	1200
Chälsand . . . . .	1200	Niedersiedelz . . . . .	31.0
Chälsand . . . . .	200	Obstaatsort . . . . .	600
Chälsand . . . . .	50	Reichenberg . . . . .	1150
Chälsand . . . . .	850	Reichenberg . . . . .	27.5
Chälsand . . . . .	1060	Reichenberg . . . . .	350
Chälsand . . . . .	810	Reichenberg . . . . .	350
Chälsand . . . . .	51	Reichenberg . . . . .	350
Chälsand . . . . .	850	Reichenberg . . . . .	350
Chälsand . . . . .	680	Reichenberg . . . . .	350
Chälsand . . . . .	10600	Reichenberg . . . . .	350

## Vom internationalen Zuckermarkt.

Während der abgelaufenen Berichtswoche waren Tendenz und Kurse nur geringen Schwankungen unterworfen. Größtenteils herrschte ruhige Haltung und nur vereinzelt wurden sich stetige Stimmung geltend, die aber schließlich für den Bereichsabschnitt eine wenn auch nur kleine Besserung im Gefolge hatte. Zu der letzteren trug vor allem der Schluss der Elberbschiffahrt bei, der zu Entdeckungen zwang. Sowohl für Rechnung deutscher als auch österreichischer Interessenten wurden Deckungsläufe ausgeführt, die schließlich zum Kauf von Zucker nicht zum wenigsten auf die Verhältnisse und den politischen Lage zurückzuführen. Die Hoffnung, dass England endlich in umfangreicher Weise als Käufer deutschen und österreichischen Rübenzuckers auftritt, hat sich noch immer nicht erfüllt. Die englischen Interessenten versoren sich noch immer mit Vorräte durch chinesischen Rohrzucker, der ihnen um rund 1/4 Mk. für den Zentner billiger zu Verfügung steht als der amerikanische bei dem europäischen Rübenzucker der Fall ist. Ausserordentlich ist die Tatsache sowohl einer sehr grossen Rüben- als auch einer sehr grossen Rohrzuckererzeugung. Zwar spricht die vorangegangene Missernte in Europa noch immer mit; es wird aber für die Zukunft sehr viel davon abhängen, in welchem Umfang der diesjährige Rübenbau in Europa vorgenommen wird. Da das noch durchaus ungewiss ist, hält sich die Spekulation noch immer zurück.

Die statistischen Verhältnisse haben sich während der letzten Woche folgendermassen verändert: Der Hamburger Lagerbestand verminderte sich um 95 200 (Vorjahr 26000) Sack und beläuft sich nunmehr auf noch 945 500 (Vorjahr 269 000) Sack. — Die englischen Vorräte vermehrten sich um 92 700 (Vorjahr 64 800) Sack und betragen jetzt 756 900 (Vorjahr 1 254 800) dz. — Die Stocks in der amerikanischen Union nahmen um 7000 Tons ab (Vorjahr unverändert) und betragen jetzt noch 58 000 (Vorjahr 71 000) Tons. — Auf Cuba sind 132 (Vorjahr 130) Zentralfabriken in Tätigkeit. Die Vorräte haben um 23 000 (Vorjahr 19 000) Tons zugenommen und betragen jetzt 32 000 (Vorjahr 38 000) Tons. — Die sichtbaren Weltvorräte stellen sich nach rechnerischer Zunahme — unter Berücksichtigung der amtlichen Dezemberzahlen — um 26 000 (Vorjahr 161 700) Tons auf 4 122 900 (Vorjahr 2 969 900) Tons.

Am Kornzuckermarkt war die Tendenz grösstenteils ruhig, zeigte aber auch stetige Momente. Da sich die deutschen Raffinerien für die angebotene Rohware sichtlich interessierten, konnten die Rohzuckerproduzenten ihre Preise langsam erhöhen. Die gebrochenen Werte brachten schliesslich verstärktes Fabrikwareangebot heraus, was aber bis zum Schluss bei den Raffinerien gute Aufnahme fand. Erstprodukte notieren schliesslich offiziell 17 1/2 Pfg. pro Zentner höher als am Schluss des Vorberichts, während Nacherzeugnisse, bei reichlichem Angebot gut gefragt, sogar 20 Pfg. pro Zentner zu gewinnen vermochten. Auch in der Tiermengenware neuer Ernte war das Geschäft verhältnismässig lebhaft; es wurden 5 Pfg. pro Zentner mehr gezahlt als in der Vorwoche. — Am Getreidemarkt fanden verschiedene Schwankungen statt, die schliesslich zu einem Wochengewinn von 12 1/2 Pfg. pro Zentner führten. — Am Raffinadmekal herrschte gute Kaufkraft. Für Ware naher Lieferung wurden 3/4 — 1/2 Mk. pro Zentner mehr gezahlt als am Schluss des Vorberichts. Die Einstellung der Flusskraft hat die Abforderungen ungünstig beeinflusst. Das Exportgeschäft blieb mässig.

### 10 Proz. Dividende bei der Hamburg-Amerika-Linie.

Am Montag vormittag fand bei der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Akt.-Ges. die Aufsichtsratsitzung statt, in der der Abschluss für das am 31. Dezember 1912 abgelaufene Geschäftsjahr vorgelegt wurde. Die Verwaltung schlägt für 1912 eine Dividende von 10 (10) Proz. vor. Es ergibt sich auf Grund der noch nicht endgültig festgestellten Ziffern ein Betriebsgewinn von etwa 5 1/2 Mill. Mk. gegenüber rund 4 300 000 Mk. im Vorjahre. Ausser diesem Betriebsgewinn erzielte die Gesellschaft durch einen Agiozinn bei Begebung der jungen Aktien von etwa 3 1/2 Mill. Mk., welcher nach Abzug der Steuer dem Reservekonto zuzusetzen. Zur Veranschaulichung der Prioritätsaktien 4 1/2 Mill. Mk. im Vorjahre. An der Dividende für 1912 nehmen 125 Mill. Mk. alte Aktien voll und 25 Mill. Mk. neue Aktien zur Hälfte teil. An der Dividende für 1913 nehmen auch die neuen Aktien voll teil. Die Verwaltung hat sich bei der Gewinnbemessung, wie offiziell hierzu mitgeteilt wird, ebenso wie in den letzten Jahren von der Erhöhung leiten lassen, dass in den Aktien der Gesellschaft mehr mit einer möglichst stabilen Bemessung der Dividende gedient ist als mit einer spontanen Erhöhung. Die Verwaltung dürfte ferner, wie weiter erklärt wird, nicht aussser acht lassen, dass die Beunruhigung des Geschäftslebens durch die politischen Ereignisse noch immer nicht geschwunden ist, sowie dass die Konkurrenz der anderen Konzentrationen durch die Anschaffung neuer Schiffe, die zur Bekämpfung solcher Konkurrenz geschaffenen Reserven und andere Rücklagen erheblich zu verstärken. Die Gesellschaft wird nach Auszahlung der Dividende von 10 Proz. in der Lage sein, mehr als 38 Mill. Mk. zur weiteren inneren Festigung des Unternehmens durch Überweisung an die Abschreibung- und Reservekonten zu verwenden und sie damit in einer Weise zu verstärken, die den grossen Aufgaben der Hamburg-Amerika-Linie entspricht. Im verflochtenen Jahre sind etwa 48 Mill. Mk. für Schiffneubauten und Schiffsankäufe usw. verausgabt worden. Die Hamburg-Amerika-Linie verfügte am Ende 1912 über bereite Mittel im Betrage von 76 Mill. Mk. In Börsenkreisen wurde bekanntlich noch vor kurzem die Dividende bis auf 12 Proz. geschätzt und man erwartete, dass die Dividende für 1912 auf 11 Proz. aber bis auf die jetzt erklärten 10 Proz. herabgezogen, so dass die Spekulation heute zwar keinen neuen stärkeren Kursdruck eintreten lässt. Immerhin senkte sich der Kurs der Paketfahrtaktien weiter.

Die Mengvereinigung in Köln hat eine sofortige Preisermässigung von 1 1/2 Mk. pro Doppelzentner vorgenommen, so dass die heutige Notierung auf 42 1/2 Mk. setzt.

Die Hackenbarfabriken haben sich laut „Rhe.-W. Ztg.“ zu der Firma „Hackenbarfabrik G. m. b. H.“ in Hagen, zusammengeschlossen. Der Zweck ist der Verkauf von Hacken für das Innere und Ausland. Der Verband erhöht die Grundpreise um 2 Mk. für 100 kg.

Am Berliner Kupfermarkt waren die Preise um ca. 1 Mk. höher. Bezahlt wurde März 142 1/4 — 142 1/2 Mk., April 143 Mk., Mai 143 1/4 Mk., Juni 143 1/4 Mk., November 144 Mk. — Zinn kostete 464 Mk. für Banca und 466 Mk. für Austral.

Der Grundpreis für Kupferlösungen wurde mit Wirkung ab Montag um 3 Mk. pro 100 kg auf 231 Mk. ermässigt.

C. Hechmann Akt.-Ges. in Dulsburg. Der Aufsichtsrat bringt für das Geschäftsjahr 1911/12 die Ausschüttung einer Dividende von wiederum 7 Proz. in Vorschlag.

C. & G. Müller Spezialzuckerfabrik Akt.-Ges. in Berlin. Die Verwaltung hat einem Aktionär mitgeteilt, dass die im IV. Quartal 1912 7 1/4 Ztr. Waren versandt habe gegen 65 753 Ztr. bzw. 73 148 Ztr. in den beiden Vorjahren. Der Gesamtjahresversand betrug 266 566 Ztr. gegen 215 696 Ztr. bzw. 274 055 Ztr.

Die Vereinigte Brauerei Akt.-Ges. in Eisenach zahlte pro 1912 5 (6) Proz. Dividende.

Die schliesslichen Mühlenwerke Akt.-Ges. in Breslau schlägt bei höheren Abschreibungen als im Vorjahre 8 Proz. Dividende (wie i. V.) vor.

Hannauer Kunstseidelfabrik Akt.-Ges. Zu den finanziellen Schwierigkeiten der Gesellschaft meldet ein Telegramm, dass das angestrebte Arrangement erhalten geworden ist. Es wurden 700 000 Mk. Vorkassanten unter Berücksichtigung der Aufsichtsratszeichnung. Die Gläubiger erhalten 50 Proz. und zwar 25 Proz. in vollbezahlt geltenden Vorkassanten und 25 Proz. in Genussscheinen.

Gewerkschaft Neurode. Wie verlautet, hat die Gewerkschaft in ihrem Schacht das Steinsalzlager angefahren.

Gewerkschaft Belenrode in Belenrode bei Königsutter. Als Ausbeute für das vierte Quartal 1912 gelangen bei dem Unternehmen wieder 125 Mk. pro Kux zur Ausschüttung, so dass von der Gewerkschaft für das abgelaufene Jahr insgesamt 300 Mk. pro Kux (wie i. V.) verteilt werden. Der Jahresabschluss für 1912 lässt sich zurzeit noch nicht fertigstellen, doch kann nach Mitteilung des Vorstandes damit gerechnet werden, dass der Nettoüberschuss wieder (wie i. V.) mindestens 1 Mill. Mk. betragen wird.

Die insolvente Schuhfabrik Karl Holst in Alfona-Ottensen offeriert ihren Gläubigern 40 Proz. Die Ottenser Bank ist mit 31 000 Mk. beteiligt, aber im Besitze des Pfandrechtes auf alle Aktiven. Die Gläubiger wollen die Verträge annehmen. Im Falle eines Konkurses dürften die Warengläubiger leer ausgehen.

Chemische Fabrik Beckau in Magdeburg. Die Verwaltung teilt nunmehr mit, dass die Dividende für das Geschäftsjahr 1912 auf ca. 10 (12) Proz. zu schätzen ist. Der Rückgang in dem Ergebnis ist lediglich eine Folge der Preispolitik, welche die Verkaufsyndikate in Soda und Kalilauge, denen die Firma angehört, im verflochtenen Jahre zwecks Bekämpfung von Neokonkurrenzen und Outsiders einschlagen gezwungen waren. Mit dem Betriebs- und Absatzverhältnissen resp. der allgemeinen Lage des Unternehmens hat das etwas geringere Resultat nichts zu tun. Die Werke der Gesellschaft seien sehr stark beschäftigt und die Verwaltung meint, dass aller Voraussicht nach für das kommende Jahr, falls nicht besondere Umstände eintreten, ein günstiges Ergebnis in Aussicht stehe.

Bergbaugesellschaft Teutonia. Die Dividende der Gesellschaft für das abgelaufene Jahr wird am Kuxenmarkt auf 7 (6) Proz. geschätzt.

Gewerkschaft Braunshweig-Lüneburg. Wie verlautet, hat die Gewerkschaft mit ihrer Bohrung bei Nordstelme gute Sylvium-Aufschlüsse gemacht.

Zigarettensteuer. Der Ertrag der Zigarettensteuer im deutschen Zollgebiete stellte sich im dritten Vierteljahr 1912 auf 10 359 384 Mk., und zwar betrug der Steuerwert der verkauften Zigarettensteuerzeichen und Steuerzeichenvordrucke für Zigaretten 10 145 318 Mk., für Zigarettenmarken 125 487 Mk. und für Zigarettenhüllen 88 579 Mk.

Scharfer Dividendenrückgang bei der Akt.-Ges. Thiederhall. Für das am 31. Dezember abgelaufene Geschäftsjahr kann nur eine Dividende von 4 (7) Proz. in Aussicht genommen werden, da die Beteiligung der Aktionäre im Besitze der Aktien im 20. Prozent gegen das Vorjahr zurückgegangen ist und der Kalibsatz in den letzten Monaten infolge der schlechten Ernte, der Ungunst der Witterung und der politischen Verhältnisse aussergewöhnlich schwach war.

Die Firma Moris Weisfeld, Stickerfabrik in Plauen i. V. geriet in Konkurs. Der Vermögensstand ist unbekannt.

Bankfirma Frey & Schäfer in Kaufbeuren. In der Gläubigerversammlung wurden die Schulden auf 2 211 594 Mk., die Vermögensbestände auf 1 497 068 Mk. beziffert.

## Waren und Produkte.

### Getreide.

Berliner Produktenbörse, 20. Jan. Am Fröhmark notieren Weizen inländ. 196,00 — 198,00 ab Bahn u. frei Mühle, Roggen inländ. 170,50 — 171,00 ab Bahn u. frei Mühle. Hafer märkischer, mecklenburgischer, pomm., preussischer, poenscher und schlesischer fein 191,20, mittel 175 — 190, gering russisch und Donau mittel — — — gering — — — ab Bahn und frei Wagon. Mais, weisser Natal — — — amerik. mixed 165 — 167, rund 155,00 — 157,00 frei Wagon. Gerste, inländ. Futtergerste, mittel und gering — — — gute 164,00 — 183,00, russische und Donau leichte 164,00 — 167,00, geringe 168 — 170 ab Bahn und frei Wagon. Erbsen, inländische u. ausländische Futtererbsen mittel 173 — 182, Taubenerbsen 188 — 194 ab Bahn u. frei Wagon. Weizenmehl 0 24,25 — — — Roggenmehl 0 1 und 1 21,30 — 23,50. Weizenkleie 11,50 — 12,00. Roggenkleie 11,50 — 12,15.

Post, 20. Jan. Weizen pro April 11,90 G., 11,91 B., Okt. 12,19 G., 12,20 B. Roggen pro April 10,29 G., 10,30 B. Hafer pro April 11,02 G., 11,03 B. Mais pro Mai 7 7/8 G., 7 7/8 B., Juli 7 9/8 G., 7 9/8 B. Raps August 16,00. Tendenz ruhig.

Antwerpen, 20. Jan. Deutscher La Platazug, Kontrakt B. Umsatz 70 000 kg. Tendenz: Ruhig.

Liverpool, 20. Jan. Stetig. Roter Winterweizen pro März 7 5/8 — — — pro Mai 7 3/8 — — —, Mais Jan. 6 1/2 — — —, La Plata Febr. 5 1/2 — — —.

### Zucker.

Magdeburg, 20. Jan. Ruhig. Januar 9,47 1/2, Febr. 9,50, März 9,62 1/2, Mai 9,90, August 9,12 1/2, Oktober-Dez. 9,95.

Hamburg, 20. Jan. Hübenerzucker 1. Produkt, Basis 88 1/2, Rendomont neues Usance, frei ab Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends
per Januar . . . . .	9,47 1/2	9,47 1/2	9,47 1/2
per März . . . . .	9,62 1/2	9,62 1/2	9,65
per Mai . . . . .	9,87 1/2	9,87 1/2	9,90
per August . . . . .	10,10	10,12 1/2	10,12 1/2
per Oktober . . . . .	9,95	9,95	9,95
per Dezember . . . . .	9,97 1/2	10,00	10,00

### Kaffee.

Hamburg, 20. Jan. Godo average Santos vorm. nachmittags abends

per März . . . . .	68,50 G.	68,25 G.	68,25 G.
per Mai . . . . .	69,50 G.	69,30 G.	69,30 G.
per September . . . . .	69,50 G.	69,00 G.	69,00 G.
per Dezember . . . . .	68,75 G.	68,75 G.	68,75 G.

Havre, 20. Jan. Kaffee good average Santos per März 84,00, Mai 84,50, per Septbr. 85,00, per Dez. 85,00. Rio de Janeiro, 20. Jan. Kaffee-Zutuhren 8000 Sack in Rio, 12 000 Sack in Santos.

### Kartoffelmehl und Stärke.

Magdeburg, 20. Jan. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 26,25 — 26,75. Post.

### Eier.

Berlin, 20. Jan. Eier pro Schock: Vollfr. ausländ. Sorten — — —, edürres, erste Sorten — — —, in- und ausländische bessere Sorten 4,60 — 4,50, in- und ausländische geringere Sorten 4,40 — 4,50, Kalkster 4,30 — 4,50, kleine Eier 3,60 — 3,80, Kühlhaus. Eier — — —, Tendenz: fest.

### Spiritus.

Nordhausen, 20. Jan. Brantwein 95 Vol. Proz. für 100 kg (104 — 105 l.) 81,75 — 82,75 M., do 40 Vol. Proz. für 100 kg (105 bis 106 l.) 82,75 — 84,75 M. per loko 1912 ohne Fass ab Brenneret.

### Fettwaren und Öle.

Hamburg, 20. Jan. Stadtschmalz 63,00, amerikan. Steam 64,00, Chamberlain 63,75.

Köln, 20. Jan. Rüböl loko 68,00, per Mai 68,00.

### Chemische Produkte.

Hamburg, 20. Jan. Chilisalpater per loko 11,52 1/2, Febr. März 11,60, frei Fahrzeug Hamburg. Tendenz: Stetig.

### Wolle.

Bremen, 20. Jan. Baumwolle Upl. loko middl. 62,75.

Liverpool, 20. Jan. Baumwolle, Umsatz 8 000 Ballen. Import 18 000 Ballen, davon amerik. Lieferg. 19 000 Ballen.

Liverpool 20. Jan. Aegypt. Baumwolle per März 9,85. Alexandria, 20. Jan. Aegyptische Baumwolle per März 18,00, Mai 18,10, Nov. 17,80.

### Metalle.

London, 20. Januar. Chili-Kupfer fluo 68 1/2, 3 Mon. 68 1/2, Zinn Straits ruhig 227 1/2, 3 Mon. 228 1/2. Blei span. stetig 18 1/2, engl. 17 1/2, Zink, gewöhnl. Marke, stetig 26 1/2, spez. Marke 26 1/2.

## Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York, 20. 1. 18. 1.	20. 1. 18. 1.
Weizen p. Mai 99 99 1/2	Roggen loko 65 65
„ „ Juli 97 97 1/2	Schmalz p. Jan. 10,15 9,97
Mais loko 65 1/2, 65 3/4	„ „ Mai 10,20 10,10
Mehl Spring el. 3,90 3,90	

Chicago, Petroleum in Cases 10,80 10,80

Weizen p. Mai 82 1/2, 93 1/2, in St. Ward. Willa 8,50 8,50

„ „ Juli 80 1/2, 90 1/2, in Grod. Balanc. 205 205

Mais p. Mai 51 1/2, 51 1/2, Kaffee loko 1,87 13 1/2

„ „ Juli 49 1/2, 52 1/2, p. Jan. 18,10 18,20

Hafer p. Mai 32 1/2, 33 1/2, p. März 13,94 13,43

„ „ Juli 32 1/2, 33 1/2

Tendenz: Weizen willig. Mais —.

## Wasserstoff.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

Werte und Umsatz.	Jan. 1912	20. Jan. 1912	21. Jan. 1912	22. Jan. 1912	Fall	Woch.
Arten, Bäckereipf.	+1,17	+1,17	+1,17	+1,17	—	—
Nebra, Oberpf.	+1,17	+1,17	+1,17	+1,17	—	—
Unterpf.	+1,17	+1,17	+1,17	+1,17	—	—
Weissenau, Oberpf.	+1,17	+1,17	+1,17	+1,17	—	—
Unterpf.	+1,17	+1,17	+1,17	+1,17	—	—
Trotha . . . . .	+1,17	+1,17	+1,17	+1,17	—	—
Alsbach, Oberpf.	+1,17	+1,17	+1,17	+1,17	—	—
Unterpf.	+1,17	+1,17	+1,17	+1,17	—	—
Bernburg . . . . .	+1,17	+1,17	+1,17	+1,17	—	—
Kalbe, Oberpf.	+1,17	+1,17	+1,17	+1,17	—	—
Unterpf.	+1,17	+1,17	+1,17	+1,17	—	—

Inser. Exgr. Eiben. Meidau.

Main table containing financial data, stock prices, and market information. Includes sections for 'Deutsche Hypoth.-Plands', 'Bank-Aktien', 'Industrie-Aktien', and 'Wechsel-Kurs'. The table is organized into columns with various stock symbols and their corresponding prices.

Vertical text on the right edge of the page, possibly a page number or additional reference information.